

Wahlprüfsteine

zum schulischen und vorschulischen
Musikunterricht in Niedersachsen



**Verband Deutscher Schulmusiker
Niedersachsen e.V.**

Molkereiweg 14
26197 Großenkneten

www.vds-niedersachsen.de

eMail: weber@vds-niedersachsen.de

1. Musikalische Frühförderung in Kindergärten und Kindertagesstätten

Die zentrale Bedeutung musikalischer Frühförderung für die kindliche Entwicklung ist wissenschaftlich zweifelsfrei nachgewiesen. Umso bedauerlicher sind die erheblichen musikalischen Ausbildungsdefizite vieler Erzieher/-innen, denen Musik als eigenständiger Ausbildungsbereich in ihrer Ausbildung nicht begegnet. Dies führt dazu, dass im Alltag von Kindergärten und Kindertagesstätten nur selten angemessen und unter qualifizierter Anleitung gesungen und musiziert wird.

Unsere Fragen:

* Ist Ihre Partei bereit, eine durchgehende und fachlich fundierte Musikausbildung durch qualifizierte Lehrkräfte in den Lehrplänen der Berufs- und Berufsfachschulen für angehende Erzieher/-innen verbindlich einzuführen?

FDP: Ja, das ist unser Ziel.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei

* zur Weiterentwicklung musikalischer Frühförderung in Kindergärten und Kindertagesstätten?

CDU: Wir werden das Musikalisierungsprogramm „Wir machen die Musik!“ ausweiten. Eine verlässliche musikalische Frühförderung in Krippe und Kita ist aus Sicht der CDU nur möglich, wenn die Fachkräfte über eine hinreichende Ausbildung verfügen. Eine neu ausgerichtete Erzieherinnenausbildung kann daher wichtige Impulse für mehr Musikvermittlung setzen. Ferner ist zu prüfen, in welcher Form geeignete Weiterbildungsangebote die Vermittlung einer musikalischen Frühförderung erleichtern können.

SPD: Frühkindliche Bildung prägt die Entwicklung der Kinder. In der ersten Phase des Lebens werden Grundlagen für gute Bildung, besonders im Bereich der Sprachentwicklung, der Motorik, der Kognition, der Emotionalität und des sozialen Miteinanders gelegt. Von daher ist die musikalische Frühförderung ein wichtiger und häufig genutzter Bestandteil in den Bildungseinrichtungen.

Grüne: Musik hat im Rahmen der Ästhetischen Bildung in den Kindertagesstätten eine herausgehobene Bedeutung. Das wird auch im „Orientierungsplan für Bildung und Erziehung im Elementarbereich niedersächsischer Tageseinrichtungen für Kinder“ deutlich hervorgehoben.

FDP: Wir wollen die musikalische Frühförderung stärker im Orientierungsrahmen frühkindliche Bildung verankern.

* zur Verbesserung der musikalischen Fortbildung und Ausbildung von Erzieher/-innen?

CDU: Um dem Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung entgegenzuwirken, werden wir eine duale Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher einführen. Ziel ist dabei die Verkürzung der Ausbildung von vier auf drei Jahre sowie die Stärkung der Praxisausbildung. Gleichzeitig wollen wir das Niedersächsische Institut für frühkindliche Bildung (nifbe) stärken und um eine Akademie für Fachkräfte der frühkindlichen Bildung erweitern. In diesem Zusammenhang werden wir eine stärkere Verankerung der musikalischen Bildung prüfen, um die Grundlagenvermittlung einer musikalischen Bildung in Krippe und Kita durch qualifiziertes Personal zu ermöglichen.

Grüne: Die Erzieher*innen werden während ihrer Ausbildung an der Fachschule Sozialpädagogik im Lernfeld „Musisch-kreative Kompetenzen weiterentwickeln und Medien gezielt anwenden“ darauf vorbereitet, sich in der Kita mit Musik als Ausdrucksmittel auseinanderzusetzen. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Kindertagesstätten durch geeignete Fortbildungsangebote bei der Umsetzung des Orientierungsplans unterstützt werden.

FDP: Wir wollen der Musik in der Aus- und Fortbildung von Erziehern breiteren Raum zumessen.

2. Musikunterricht an allgemeinbildenden Schulen

Nur der Musikunterricht an allgemeinbildenden Schulen kann mit seinem kulturerschließenden Auftrag im Rahmen der Allgemeinbildung **alle** Kinder und Jugendlichen mit der Musikkultur unserer Gegenwart und unserer Vergangenheit in Kontakt bringen. Nach wie vor ist aber festzustellen, dass der Ausfall von Musikunterricht in vielen Schulformen, vor allem in der Grundschule, die Erfüllung dieses Auftrags verhindert. Zwar gibt es ermutigende Beispiele, in denen vokale und instrumentale Fähigkeiten im Primarbereich an ausgewählten Schulen gefördert werden, doch sind diese Angebote bei weitem nicht flächendeckend.

Der in den neuen Kerncurricula Musik geforderte Aufbau grundlegender musikalischer Kompetenzen (Singen, Musizieren, Rhythmik, Tanz, Gehörbildung, Notenschrift ...) kann nur erfolgreich sein, wenn er im frühesten Lebensalter beginnt und **gründlich** und **kontinuierlich** durchgeführt wird. Die derzeitige Stundenzuteilung für das Fach Musik reicht dafür bei Weitem nicht aus. Die mit großem Erfolg eingeführten Modelle von Instrumental- und Chorklassen in den Jahrgängen 5 & 6 drohen bei der Fortsetzung durch die extrem ausgedünnten Stundenkontingente der nachfolgenden Jahrgänge zu scheitern, die vielfach erfolgreich angelegte Motivation zu musikalischem und musikkulturellem Engagement droht durch diesen "Flaschenhalseffekt" auszubluten. Der Zurückdrängung des Musikunterrichts in den Jahrgängen 8-11 des Gymnasiums gefährdet massiv das Abiturfach Musik und hat damit Folgen nicht nur für die zukünftige Musiklehrerversorgung, sondern auch für den musikalischen Nachwuchs insgesamt in allen Bereichen der von Laien und Profis betriebenen niedersächsischen Musikkultur. Dem schulischen Musikleben droht große Gefahr, wenn die Bemühungen um eine Sicherstellung des Pflichtunterrichts bei gleichzeitig unzureichender Lehrerversorgung zu einem Abbau des musikbezogenen AG-Angebotes an den Schulen führen.

Unsere Fragen:

* Ist Ihre Partei bereit, Musik als eigenständiges zweistündiges Unterrichtsfach verbindlich in den Jahrgängen 1-4 in den Stundentafeln festzulegen?

CDU: In der bestehenden Stundentafel für niedersächsische Grundschulen müssen alle Bildungsbereiche berücksichtigt werden. Die CDU wird sich für die Stärkung und Unterstützung von Programmen und Projekten der musikalischen Bildung wie zum Beispiel „Hauptsache Musik“, „Wir machen die Musik“ und anderen einsetzen. Auch in den Ganztagsangeboten der Schulen bieten sich vielfältige Anknüpfungspunkte für Vereine und Verbände, um Grundschulkindern für Musik zu begeistern. Dieses Engagement außerschulischer Partner begrüßt die CDU. Daher wollen wir erreichen, dass bis 2022 alle Schulen in Niedersachsen ihren Schülerinnen und Schülern Ganztagsangebote unterbreiten.

FDP: Das halten wir für erstrebenswert. Wir werden dies in dem Rahmen umsetzen, wie dem Land Lehrkräfte für Musik zur Verfügung stehen.

* Ist Ihre Partei bereit, einen durchgehenden zweistündigen Musikunterricht in den Klassen 5-8 zum weiteren kontinuierlichen Aufbau musikalischer Kompetenzen für alle Schüler/-innen verbindlich in der **Stundentafel aller Schulformen** festzulegen, auch um damit die erfolgreiche Arbeit in den Instrumental- und Chorklassen sicherzustellen?

CDU: Die CDU erachtet die musisch-kulturelle Bildung in der Sekundarstufe I an allen Schulformen für wichtig und wird keine Kürzungen beim Fach Musik vornehmen.

SPD: Wir werden die Weiterentwicklung der Stundentafeln insbesondere auch für die Bereiche Musik, Kunst und darstellendes Spiel prüfen.

Grüne: Musisch-kulturelle Bildung und die Beschäftigung mit Musik haben für uns in der Schule einen sehr hohen Stellenwert. Wir halten es deshalb für richtig, dass Musik bereits in der Grundschule und auch anschließend in den Schulen des Sekundarbereichs durchgängig unterrichtet wird. Neben dem Pflichtunterricht findet Musik auch im Wahlpflichtbereich und in Arbeitsgemeinschaften statt. Dadurch ist es auch möglich und üblich, dass Instrumental- und Chorklassen über den 6. Jahrgang hinaus zusammenbleiben und weiterhin gemeinsam Musik ausüben. Auch der Ausbau der Schulen zu Ganztagschulen bietet zusätzliche Möglichkeiten für musikalische Angebote.

FDP: Ja, das ist unser Ziel.

* Ist Ihre Partei bereit, die Pflichtstundenzahl in der Einführungsphase (Jahrgang 11) der Sekundarstufe II von 30 auf 32 Wochenstunden zu erhöhen und diese beiden Stunden der Fächergruppe Musik / Kunst / Darstellendes Spiel zuzuordnen?

CDU: Wir planen die Erhöhung der Pflichtstundenzahl im Schuljahrgang 11 auf 32 Wochenstunden. In enger Abstimmung mit den Bildungsverbänden wird noch festzulegen sein, welche Veränderungen bezüglich einzelner Fächer vorgenommen werden. Aus Sicht der CDU ist es von großer Bedeutung, ein angemessenes Angebot im Musikunterricht in der Sekundarstufe II zu sichern, damit gewährleistet ist, dass Studieninteressierten die notwendige Grundlage für den späteren Einstieg in ein Musikstudium vermittelt werden kann.

SPD: Wir können uns vorstellen, den Schulen bei der Weiterentwicklung der eigenverantwortlichen Schule zu ermöglichen, innerhalb der Profilbildung auch die Fächergruppe Musik/Kunst/Darstellendes Spiel im 11. Jahrgang durchgehend zu unterrichten. Bei der Rückkehr zu G9 war es unser erklärtes Ziel, den Jugendlichen ihre Freizeit zurück zu geben, weswegen wir die Stundentafel nicht weiter aufgebläht haben. Darum lehnen wir eine Erhöhung der Wochenstunden im 11. Jahrgang weiterhin ab.

Grüne: Wir halten es für richtig, dass in der Oberschule die Schüler*innen stärker eigene Schwerpunkte setzen können. Zum G 9 sind wir mit dem Ziel zurückgekehrt, die Schüler*innen von übervollen Stundentafeln zu entlasten. Wir haben deshalb nicht vor, die Wochenstundenzahl wieder heraufzusetzen.

FDP: Ja, das unterstützen wir.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei

* zur Sicherstellung des musikbezogenen AG-Angebots (Chor, Orchester, BigBand ...) vor dem Hintergrund fehlender Anrechnungen der AG-Stunden, auch in Folge der Kampagnen zur Garantie des Pflichtunterrichts (z. B. durch Abordnungen von Gymnasiallehrern an Grundschulen)

CDU: Die CDU in Niedersachsen gibt den Schülerinnen und Schülern in Niedersachsen eine Unterrichtsgarantie. Deshalb werden wir Lehrkräfte von unterrichtsfremden, insbesondere nicht-pädagogischen Aufgaben entlasten. Sie sollen mehr Zeit haben, sich auf ihre Kernaufgabe zu konzentrieren: auf guten Unterricht. Zur Entlastung der Lehrkräfte stellen wir den Schulen zusätzliche Verwaltungsmitarbeiter, pädagogische Mitarbeiter, Schulsozialarbeiter und anderes hierfür qualifiziertes Personal zur Verfügung. Wir wollen, dass alle Schulen in Niedersachsen ihren Schülerinnen und Schülern bis 2022 ein umfassendes Ganztagsangebot unterbreiten. Dabei sollen sie ehrenamtliche Vereins- und Verbandsarbeit in ihre Arbeit einbeziehen. Das gilt auch für den Bereich der musikalischen Bildung, in dem bereits jetzt viele Musikvereine und -verbände und andere Einrichtungen eng eingebunden sind.

FDP: Lehrkräfte wollen wir vorrangig für die Sicherstellung des Pflichtunterrichts einsetzen. Darüberhinausgehende Angebote wollen wir durch die Einbindung von Externen sichern, sofern keine Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

* zur Vermeidung einer Abwahl des Musikunterrichts in der Sekundarstufe II als Folge der extrem ausgedünnten Stundentafel in den Jahrgängen 8-11 und der massiven Konkurrenzsituation innerhalb der Fächergruppe Musik / Kunst / Darstellendes Spiel?

CDU: Die CDU sieht diese Entwicklung mit Sorge und ist gern zu Gesprächen mit den Verbänden darüber bereit, wie ihr gegengesteuert werden kann.

FDP: Wir wollen die Fächer der Fächergruppe stärken, sodass die Konkurrenzsituation entschärft wird.

3. Musik-Lehrkräfte an den allgemeinbildenden Schulen

Mit Blick auf die bevorstehende Pensionierungswelle unter den niedersächsischen Lehrkräften legt die aktuell geringe Zahl von Lehramtsstudenten/-innen im Fach Musik und angehender Musiklehrer/-innen im Vorbereitungsdienst die Befürchtung nahe, dass neben dem schon besonders in der Primarstufe bestehenden gravierenden Fachlehrermangel bald in allen Schulformen Musikfachlehrer/-innen in größerem Ausmaß fehlen werden. Die Einstellung von Quer- und Seiteneinsteigern in den niedersächsischen Schuldienst wird diesen Fachlehrermangel nicht beheben können und birgt zudem erhebliche Risiken für die Qualität des Musikunterrichtes. Der allgemeinbildende und kulturerschließende Bildungsauftrag des Unterrichtsfaches kann nur durch qualifizierte Fachlehrkräfte mit Staatsexamen erfüllt werden, die schulformbezogen ausgebildet werden müssen.

Unsere Fragen:

* Ist Ihre Partei bereit, die in letzter Zeit deutlich verstärkte unbefristete Einstellung von Quer- und Seiteneinsteigern in den niedersächsischen Schuldienst sofort deutlich zurückzufahren?

CDU: Die CDU sieht die Einstellung qualifizierter Quer- und Seiteneinsteiger grundsätzlich positiv, wobei selbstverständlich die Personalauswahl mit größter Sorgfalt zu erfolgen hat. Klar ist aber auch, dass der Quereinstieg weiter professionalisiert werden und eine engere und bessere Begleitung durch die Studienseminare erfolgen muss.

SPD: Solange es nicht genügend Lehrkräfte mit beiden Staatsexamina gibt, bieten gut qualifizierte Quereinsteiger weiterhin eine Möglichkeit, den kurzfristigen Bedarf zu decken. Mittelfristig priorisieren wir den Seiteneinstieg in den Vorbereitungsdienst und langfristig setzen wir darauf, wieder ausreichend Lehrkräfte in den regulären Studiengängen auszubilden.

Grüne: Um in der gegenwärtigen Situation die Unterrichtsversorgung dennoch sicherstellen zu können ist es nicht zu vermeiden, auch Quereinsteiger*innen einzustellen.

FDP: Dazu sind wir grundsätzlich bereit, sofern die Unterrichtsversorgung dennoch gewährleistet ist.

* Ist Ihre Partei bereit, sich für die Fortsetzung der schulformbezogenen (Musik-)Lehrerausbildung einzusetzen und die Einführung einer Stufenlehrrausbildung zu verhindern?

CDU: Ja. Wir brauchen auch weiterhin eine schulformspezifische Lehrerausbildung. Eine Einheitslehrrausbildung lehnen wir ab.

SPD: Das Schulsystem unterliegt einem ständigen Wandel. Kulturelle Veränderungen der Gesellschaft, neue bildungspolitische und pädagogische Zielvorstellungen, ein anderes Schulwahlverhalten und die wachsende Heterogenität der Schülerschaft machen eine kontinuierliche Anpassung nötig. Die Arbeitsqualität der Lehrkräfte spielt dabei eine wichtige Rolle. Eine SPD-Landesregierung tritt für ein modernes Lehrerbildungsgesetz ein: Lehrkräfte sollen nicht länger nach Schulformen, sondern nach pädagogischen Ansprüchen der Schulstufen ausgebildet werden.

Grüne: Eine schulformbezogene Lehrerausbildung halten wir generell nicht mehr für zeitgemäß, weil ein immer größerer Anteil der Schulen schulformübergreifend arbeitet (neben den Gesamtschulen auch die Oberschulen). Wir wollen deshalb Studiengänge mit einer inklusiven Ausrichtung nach Jahrgangsstufen anbieten.

FDP: Wir wollen keinen Einheits- oder Stufenlehrer. Wir werden die schulformbezogene Lehrerausbildung erhalten. Das schließt die Musiklehrrausbildung ein.

* Ist Ihre Partei bereit, die Ausbildung für alle Lehrämter im Fach Musik wieder in Hannover zu etablieren und nach Möglichkeit wieder an die HMTMH anzugliedern?

CDU: Die CDU ist zu Gesprächen mit allen Beteiligten in dieser Frage bereit.

SPD: Die Wiedereröffnung der Ausbildung für die Lehrämter im Fach Musik am Standort Hannover werden wir dabei prüfen und in die Verhandlungen über die zukünftigen Kapazitäten der Lehramtsstudiengänge einfließen lassen.

Grüne: Über eine Angliederung der Ausbildung im Fach Musik für alle Lehrämter kann sinnvollerweise erst entschieden werden, wenn über die künftige Struktur der Lehramtsausbildung entschieden worden ist.

FDP: Ja, dazu sind wir bereit.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei

* zur Verbesserung der musikbezogenen Unterrichtsversorgung durch qualifizierte Musik-Lehrkräfte in der Primarstufe und in den Sekundarstufen I und II?

FDP: Wir werden um Lehrkräfte werben, die Besoldung aller Lehrkräfte auf A 13 anheben und mehr Lehrkräfte einstellen.

* zur Erhöhung der Ausbildungskapazitäten an Hochschulen und Studienseminaren für die Lehrämter im Fach Musik?

CDU: Die CDU beabsichtigt, die Attraktivität des Lehrerberufs in Niedersachsen zu steigern. Insbesondere um angehende Lehrkräfte in Mangelfächern soll verstärkt geworben werden. Wir werden die Unterrichtsversorgung verbessern und den Schülerinnen und Schülern eine Unterrichtsgarantie geben. Jeder Lehramtsstudent, der in Niedersachsen sein Studium erfolgreich abschließt, erhält von uns eine Einstellungsgarantie. Wir werden die lehrerbildenden Hochschulen und die Studienseminare in die Lage versetzen, notwendige Kapazitätsveränderungen z.B. aufgrund einer steigenden Nachfrage im Fach Musik abzufedern.

FDP: Wir wollen mit den Hochschulen vereinbaren, dass ausreichend Kapazitäten an Hochschulen geschaffen werden, und werden die Plätze an Studienseminaren entsprechend ausbauen.

Grüne: Leider gibt es derzeit für eine Reihe von Unterrichtsfächern einen erheblichen Lehrkräftemangel, so auch für das Fach Musik. Gründe sind neben der sog. Pensionierungswelle, die sich derzeit auf ihrem Höhepunkt befindet, der Abbau von Studienplatzkapazitäten während der Amtszeit der CDU/FDP-Vorgängerregierung und zum Teil auch eine zu geringe Anzahl von Interessent*innen, die diese Fächer im Rahmen der Lehramtsausbildung studieren wollen. Neben einem bedarfsgerechten Ausbau der Ausbildungskapazitäten kommt es deshalb auch darauf an, das Lehramt generell und insbesondere für diese Fächer attraktiver zu gestalten.